



INTERESSENVERBAND SYNCHRONSCHAU SPIELER

Newsletter

News und Informationen aus den Ateliers für die Synchronbranche

Newsletter des IVS

Januar / Februar 2008

Vergütungstabelle

Ein paar Zahlen, die uns aufhorchen ließen: der Tarifvertrag zwischen dem NDR und ver.di, der die Vergütung für Synchronisation regeln soll.

Seite 1-2

Kultur & Politik

„Die K-Frage“: Was will die Politik von der Kultur? Die Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen hatte zum Kulturgipfel geladen. **Seite 2-3**



Petitionsausschuss und die Folgen

Der Petitionsausschuss hat am 17.1. getagt und sich der Petition von Klaus-Peter Grap angenommen.

Seite 3

Hollywood

Der Streik in Hollywood ist beendet. Was die Drehbuchautoren nach 100 Tagen Arbeitsniederlegung erreicht haben, lesen Sie auf

Seite 3-4



Vorstandswahl

Es werden noch dringend Kandidaten für die bevorstehende Vorstandswahl am 26. April 2008 gesucht!

Seite 4-5

Ein kleiner mathematischer Kommentar

Wieviele Prozent sollen/wollen die Firmen uns bei selbständiger Abrechnung zahlen? 10%? 15%? Oder gar nichts?

Seite 5-6

Vergütungstabelle

In den letzten Wochen und Monaten haben einige Synchronschauspieler ihre Gagen für Synchronisationen erhöht.

Die Erhöhungen variieren zwischen 40 und 90 Cent pro Take, was auf die Menge der Gesamttakes und der Aufträge für die einzelnen Synchronschauspieler deutlich zu Buche schlägt – vorausgesetzt, die Aufträge bleiben nicht aus.

Jeder, der in der Vergangenheit oder auch jetzt seine Gage erhöht hat, wird bemerkt haben,



wie sehr die Firmen sich gegen die Erhöhungen wehren bzw. sich zu wehren versuchen. Natürlich müssen sie wirtschaftlich arbeiten, haben vor allem ihre Interes-

sen im Auge, müssen konkurrenzfähig bleiben.

Trotzdem betonen sie immer wieder, dass moderate Erhöhungen völlig in Ordnung seien und auch an die Kunden weiter zu geben seien.

Uns liegt nun ein Auszug aus dem Tarifvertrag zwischen ver.di und dem NDR vor, der unter anderem die Vergütung von Synchronschauspielern regelt (Stand 01.01.2006).

Laut diesem Tarifvertrag wird für den ersten Take (inkl. Grundgage) bei einer Synchronisation fremdsprachlich zu deutsch eine Gage

von mindestens 60,67 € bis maximal 72,- € gezahlt. Für jeden weiteren Take werden 6,41 bis 8,- € gezahlt.

Bei deutsch auf deutsch wird für den ersten Take (inkl. Grundgage) 70,55 € bis 85,- € gezahlt und für jeden weiteren Take 12,83 bis 15,- €!

Pro Tag wird eine maximale Gage von 486,08 bis 599,- € (fremdspr./deutsch) und 548,87 bis 680,- € (deutsch auf deutsch) gezahlt.

Diese Tagesgage (deutsch auf deutsch) entspricht (laut tariflicher Vereinbarung) der Gage, die für einen Schauspieler für eine große Rolle pro Tag aus dem off gezahlt wird.

Es ist nicht nur beachtlich, dass die Gagen denen von Schauspielern für Fernsehproduktion für den NDR sehr ähneln. Dadurch wird deutlich, dass auch der Synchronisation eine große bzw. die gleiche Bedeutung, wie der „richtigen“ Schauspielerei beigegeben wird.

Es ist aber ganz besonders anzumerken, dass sich ein Produzent (der NDR) auch bei diesen Gagen noch vorstellen kann, Gewinn zu machen.

Zwar lässt der NDR (fast) ausschließlich bei Unterunternehmen produzieren, die nicht an den Tarifvertrag gebunden sind, aber es gilt doch zu bedenken, dass diese Mindestgagen von beiden Seiten (Gewerkschaft und NDR) geschlossen wurden, was bedeutet, dass sie die Arbeit, die wir tagtäglich machen, in ihrer Wertigkeit auf einem Niveau einordnen, was locker doppelt so hoch liegt wie das, was wir momentan bekommen.

„Die K-Frage“: Was will die Politik von der Kultur

Die Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen hatte zum Kulturgipfel geladen und fast 800 Gäste aus der ganzen Bundesrepublik kamen und lauschten den Referenten, diskutierten in den verschiedenen Themengruppen und knüpften Kontakte.

Für den IVS waren Peter Reinhardt, Heide Domanowski und Florian Krüger-Shantin im Paul-Löbe-Haus und arbeiteten am Thema „Für Kultur arbeiten - Von Kultur leben“ mit.

Frau Brigitte Pothmer, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, stellte Initiativen für Künstler und Kulturschaffende vor, die künftig politisch umgesetzt werden sollten:

- Der schnellere Anspruch auf ALG1, Stichwort 5 statt 12 (also in 5 statt 12 Monaten zu erwerben);
- Die Brückengrundsicherung (ALG1 für die ersten drei Monate, ohne 1-€-Jobs annehmen zu müssen);
- Bezahlbare Sozialversicherung für selbständige Künstler mit geringem Einkommen, die nicht in die KSK kommen.

Das von IVS und IDS entwickelte und in der ver.di-Arbeitsgruppe der Schauspielerverbände akzeptierte Modell der einkommensabhängigen Sozialversicherung (mit Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung) fand großes Interesse. In Verbindung mit den Initiativen der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen kann und soll sich daraus ein gesellschaftliches Modell entwickeln. Künstler und Kulturschaffende wollen keinen Sonderstatus und keine Sonder-

regelungen, sondern als Seismographen der gesellschaftlichen Veränderungen Lösungen anbieten, die auf viele Berufsgruppen übertragbar sind.

In der Kultur des Landes gibt es nach Ansicht der Referenten in unterschiedlichsten Bereichen durchaus ähnlich gelagerte Probleme: Unzureichende Bildung und Ausbildung haben einen bedenklichen Mangel an Berufsethos und fachlicher Qualität zur Folge; die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen nehmen immer weiter ab (wobei der Wirtschaftsaufschwung diesen Trend möglicherweise stoppt) und das Kultursponsoring seitens der Unternehmen bindet Kulturschaffende immer stärker an die Interessen der Unternehmen; das Medium Internet ist in der kulturellen Praxis noch nicht verallgemeinerbar angekommen.

Letzteres ist ein hochinteressanter Gedanke des Historikers Gustav Seibt. Einerseits ermöglicht das Internet Zugang zum Wissen und zur Kultur an fast jedem Ort dieser Welt, andererseits schließen die sich bildenden Interessengruppen Kritiker oder Abweichler früher oder später aus, wenn sich diese nicht von vornherein eine Gruppe suchen, der sie sich eher zugehörig fühlen. Kommunikation untereinander findet dann kaum noch statt.

Und: die Tatsache, dass eine ganze Bibliothek digitalisiert und allgemein zugänglich gemacht wird, darf nicht dazu führen, dass Kommunen die Kosten für öffentliche Bibliotheken sparen und diese schließen wollen. Die kulturellen Errungenschaften früherer Generationen dürfen nicht auf dem Altar der Wirtschaftlichkeit geopfert werden.

Jede Gesellschaft wurde und wird an ihrem Verhältnis zur

Kunst und zu Künstlern, an ihrer Kultur gemessen. Eine bitter-schöne Erfahrung dieses ‚Kultur-gipfels‘ war, dass nicht nur die Synchronschauspieler um faire Gagen und eine ordentliche Sozialversicherung zu kämpfen haben – das scheint derzeit ein Künstler-Problem zu sein.

Petitionsausschuss und die Folgen

Am 17. Januar 2008 hat im Paul-Löbe-Haus der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages getagt, um sich der Petition unseres Kollegen und Mitgliedes Klaus-Peter Grap, eingereicht am 21. Oktober 2005, anzunehmen. In dieser Petition hatte K.-P. Grap das Chaos unserer sozialversicherungsrechtlichen Situation nach den Rundschreiben der Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger (ebenfalls 2005) angeprangert und gefordert, die Rundschreiben zurückzunehmen und praktikable Normalität wieder herzustellen.

Die Einzelheiten sind unter „Informationen“ im Forum nachzulesen.

In jedem Fall müssen wir bis zu einer grundsätzlichen politischen Lösung, die mit Sicherheit nicht schnell kommt, die Verhältnisse, die jetzt existieren, in unserem Sinne ausgestalten, zusammen mit den Synchronproduzenten. Das heißt: Es soll und muss die Praxis des Umganges mit den Rundschreiben und den Präzisierungen verbessert werden und der kriminellen Energie einiger Unternehmer (wortwörtlich so von Herrn Grintsch geäußert) ein Riegel vorgeschoben werden.

Im Klartext heißt das, dass (bei anerkannter Rahmenvereinbarung) nur eine einzige Firma seit 2005 korrekt abgerechnet hat.

Die Rundschreiben sind nicht umgesetzt worden, die Präzisierung der Rundschreiben vom 1. Dezember 2006 auch nicht.

Alle Kollegen, die in Serien, also mit Rahmenvereinbarung, beschäftigt waren, könnten, wenn sie korrekt abgerechnet worden wären, Anwartschaftszeiten auf ALG1 erworben haben. Keine tägliche Beitragsbemessungsgrenze bei Serien, sondern Durchversicherung, wenn die einzelnen Termine nicht länger als vier Wochen auseinanderliegen. Termine für andere Projekte als die Serie werden in die Durchversicherung einbezogen oder ermöglichen sie in dem Fall, dass die Termine für die Serie mehr als vier Wochen auseinanderliegen. Selbständige Abrechnung ist bei größeren Rollen in Serien keine ‚vorausschauende Betrachtungsweise‘, sondern schlicht der Versuch, Sozialversicherungszahlungen zu umgehen.

Wissentlich Sozialversicherungszahlungen zu umgehen ist strafbar. Sagen die Herren von der DRV und der Anwalt für Sozialrecht, der neuerdings für uns arbeitet und alle interessierten Kollegen in den Fällen vertreten wird, in denen die Rundschreiben falsch und zu Ungunsten der Synchronschauspieler interpretiert werden.

Es wird im März ein Gespräch bei der Deutschen Rentenversicherung geben, zu dem Vertreter des BVDSP und des IVS geladen und die Probleme besprochen werden. Dafür braucht der FA Soziales des IVS noch möglichst viele Abrechnungsbelege von Kollegen, die in Serien gesprochen haben. Diese Belege werden natürlich anonymisiert und nicht aus der Hand gegeben – sie dienen lediglich der Untermauerung der Sachlage.

Dass Synchronschauspieler ALG1 bekommen können, ist auch für die Arbeitsagenturen noch neu und demzufolge ein Prozess, der nicht ohne Hürden ablaufen wird. Aber es sieht im Augenblick so aus, als ob wir diese Hürden überspringen könnten.

Für die Firmen besteht parallel zur Durchversicherung bei Rahmenvereinbarung die Möglichkeit, die immer gewünschte Rechtssicherheit in grundsätzlich unständiger Abrechnung zu finden, weil dagegen von den Prüfdiensten der DRV nichts eingewendet werden würde. Durchversicherung oder Unständigkeit für Synchronschauspieler und Rechtssicherheit in Akzeptanz sozialer Verantwortung (jenseits des Konkurrenzdenkens) für die Synchronproduzenten – zumindest im Bereich Sozialversicherung könnte die Synchronwelt zur heilen Welt werden.

Der Streik in Hollywood ist beendet - Die Drehbuchautoren schreiben wieder!



Nach mehr als drei Monaten haben die Drehbuchautoren Hollywoods ihren Streik beendet.

Der Präsident der Autorengewerkschaft Writers Guild of America (WGA) für die Westküste, Patric Verrone, teilte mit, dass sich bei einer Abstimmung von 3775 Autoren in New York und

Los Angeles mehr als 92 % für ein sofortiges Ende des Streiks aussprachen. Nun werde die Arbeit also umgehend wieder aufgenommen.

Die Vereinbarung, die am Wochenende mit den Produzenten in den Tarifverhandlungen erzielt wurde, sieht einen neuen Vertrag mit dreijähriger Laufzeit und Gehaltserhöhungen von etwa drei Prozent je Jahr vor. Außerdem sollen die Autoren bei der Weiterverwertung ihrer Arbeiten im Internet besser vergütet werden und eine größere Beteiligung an den DVD-Tantiemen erhalten.

Das Nutzungsverhalten des Fernsehzuschauers hat sich in den letzten Jahren dramatisch geändert. Er findet neue Wege, seine Lieblingsserien zu konsumieren - über das Internet und auf DVD. Da passen alte Modelle nicht mehr. Gefordert wird von den Autoren deshalb ein fairer Anteil an den Erlösen, die über neue digitale Plattformen erzielt werden und eine Neuverhandlung der Beteiligung an den Einnahmen durch den DVD-Vertrieb.

In den von beiden Seiten teilweise unnachgiebig geführten Verhandlungen ging es den Verhandlern der WGA vor allem um eine angemessene Kompensation für die Online-Verwertung von Programmen.

Die Branche sieht im Internet einen wesentlichen

Vertriebsweg der Zukunft. Es ist schwer einzuschätzen, wie viel Geld das Internet der Film- und Fernsehindustrie einmal einbringen wird. Deshalb haben die Industrievertreter die Versuche der WGA, hier dennoch schon eine signifikante Beteiligung zu erstreiken, zu blockieren versucht. Allerdings wollten die Autoren um jeden Preis vermeiden, noch einmal wie bei Video und DVD mit niedrigen Sätzen und Ver-

sprechen auf Nachverhandlungen abgespeist zu werden.

Der neue Vertrag soll zunächst drei Jahre gelten und dann, das hat die WGA schriftlich fixieren lassen, den Marktbedingungen angepasst werden. Ob sich dann erneute harte Auseinandersetzungen um die Tantiemen vermeiden lassen, wird sich allerdings erst zeigen - dazu muss das Online-Streaming von Filmen oder Fernsehprogrammen überhaupt erst einmal ein wirtschaftlicher Erfolg werden.

Möglich wurde der Kompromiss - der noch eine Vielzahl von Tantiemen neu regelt, zum Teil mit leichten Verbesserungen für die Autoren - einerseits durch eine entsprechende Einigung der Produzenten mit den Regisseuren. Die hatten ihre Verhandlungen über einen neuen Rahmentarifvertrag frühzeitig zum Jahreswechsel begonnen. Die relativ geräuschlose Verständigung der Regie-Gewerkschaft mit den Produzenten setzte auch die Streithähne im Autoren-Streik unter Druck und gab die Eckpunkte für einen möglichen Kompromiss vor.

Auf der anderen Seite gilt die direkte Vermittlungsarbeit und schließlich auch Verhandlungsführung der Branchenbosse Peter Chernin (News Corp) und Bob Iger (Disney) als ein weiterer Faktor. Die beiden Manager hatten die Verhandlungen wieder auf die Erfolgsspur geführt, nachdem die Auseinandersetzung zwischen WGA und dem Produzentenverband (AMPTP) völlig festgefahren waren.

Die Drehbuchautoren haben durch ihren Streik Hollywood 100 Tage lang nahezu lahm gelegt: die Dreharbeiten zu mehr als 60 TV-Shows wurden eingestellt, Filmprojekte wurden verschoben und die Verleihung der Golden

Globes im Januar abgesagt. Tausende Arbeitsplätze gingen dadurch verloren. Der finanzielle Verlust für die Unterhaltungsbranche wird auf hunderte Millionen bis zu mehr drei Milliarden Dollar geschätzt.

Jetzt arbeiten die Autoren wieder. Es gilt, die „verlorene“ Zeit wieder aufzuholen und es bleibt zu hoffen, dass die Auswirkungen auf den Synchronisationsmarkt nicht so gravierend sein werden, wie viele befürchtet haben.

Vorstandswahlen

Am 26. April 2008 findet in der HFFS Potsdam die nächste ordentliche Vollversammlung statt, bei der auch ein neuer Vorstand gewählt werden muss. Da ja wahrscheinlich nicht alle Mitglieder an der Vollversammlung teilnehmen können (betrifft v. a. die Kollegen, die nicht aus Berlin kommen), ist es langsam an der Zeit, sich zum Beispiel im Forum Gedanken über die bisherige Arbeit des IVS und die Möglichkeit eines Kurswechsels mit neuen Kandidaten für den Vorstand zu machen.

Der späteste Zeitpunkt, zu dem Kandidaten benannt werden müssen, ist der Tag, an dem die Einladung zur Wahlversammlung mit der Tagesordnung verschickt wird, also vier Wochen vor der Versammlung. Wer in der Einladung zur Wahlversammlung nicht benannt ist, über den darf auch nicht abgestimmt werden (Ver-einsrecht).

Davon abgesehen wäre es für alle Kandidaten sicher nützlich, sich etwas in die Materie einzuarbeiten, dem jetzigen geschäftsführenden Vorstand bei seiner Arbeit über die Schulter zu schauen, ihn zu Terminen zu begleiten, an den Vorstandsentscheidungen teilzu-

nehmen usw. Eine Art Selbstporträt, eine Erklärung darüber, für welche möglicherweise neuen Ideen der Verbandsarbeit und Umsetzung der Verbandsziele der jeweilige Kandidat steht, wäre zur Information der Mitglieder auch sinnvoll.

Bis heute liegen uns aus Berlin keine Namen möglicher neuer Kandidaten vor.

Ihr seid also mal wieder aufgerufen, Euch beim Vorstand oder im Büro zu melden, wenn Ihr kandidieren wollt.

Mit der Einberufung der Vollversammlung wird der Vorstand Vorschläge zu Satzungsänderungen veröffentlichen, über die dann am 26. April abgestimmt werden muss. Die bereits geübte Praxis der Mail/Briefpost-Abstimmung bei wichtigen Fragen wird sich ebenso in diesen Vorschlägen wiederfinden wie die Möglichkeit, einen Münchener Kollegen in den Vorstand zu wählen. Damit wir aber nicht noch länger auf einen Münchener im Vorstand warten müssen, soll zeitnah zur ordentlichen Vollversammlung, also kurz vor dem 26. April, eine außerordentliche Vollversammlung in München stattfinden, falls es dort einen Kandidaten für den Verbandsvorstand gibt.

Ein kleiner mathematischer Kommentar

Von Florian Krüger-Shantin

Das Thema „Kompensation bei Abrechnung als Selbständiger“ ist leider immer noch aktuell, auch wenn einige Firmen, bei weitem nicht alle, inzwischen ‚freiwillig‘ 10 % auf die jeweilige Gage aufschlagen. Viele Kollegen halten das für ein Zeichen des Entgegenkommens und des guten Willens. Die Zahlen sagen etwas anderes:

60/3,00 € plus 10 % bei selbständiger Abrechnung macht

66/3,30 €.

Davon abzuziehen sind beim selbständigen Synchronschauspieler die nun privat zu tragenden Sozialversicherungs- und Rentenkosten, mindestens 20 %, plus die Kosten für die Unfallwegeversicherung der Berufsgenossenschaft (bei Unständigkeit schon drin), plus die Kosten für eine Krankentagegeldversicherung mit Zahlung ab dem ersten Krankheitstag (bei Unständigkeit schon drin), macht im allergünstigsten Fall (!) noch mal 20 %.

Endsumme **39,60/1,98 €.**

60/3,00 € plus 15 % bei selbständiger Abrechnung macht

69/3,45 €.

Nach Abzug von SV, RV und Unfallwege/Krankentagegeldversicherung ergibt sich die Endsumme **41,40/2,07 €.**

Bei **unständiger Abrechnung** bleiben rund **48/2,40 €** im Säckel.

60/3,00 € ergeben bei **selbständiger** Abrechnung mit 15 % Aufschlag am Ende eine immer noch um knapp 14 % niedrigere Endsumme als bei **unständiger** Abrechnung. (Die Steuer erhöht sich natürlich auch noch, wenn nicht 40 % des Bruttoeinkommens in SV/RV angelegt werden ... und wer macht das schon, vor allem in jungen Jahren ...)

Von mehreren Auftraggebern wurde uns erklärt, dass eine Erhöhung der Gagen um 15 – 20 % schon 2006 akzeptiert worden sei. Wir wissen nicht, ob das stimmt. Im Zusammenhang mit dem ersten „Angebot“ vom BVDSP, als Gerücht im Januar 2007 aufkommend und im Mai/Juni 2007 offiziell bestätigt (und erstaunlicherweise fast identisch

mit der Gagenempfehlung von Dezember 2007), scheint es wahrscheinlich. Und wirft die Frage auf, welche - in der Gagenempfehlung des BVDSP behaupteten - Zugeständnisse an die Synchronschauspieler denn nun gemacht wurden.

Zugeständnisse machen und Entgegenkommen und guten Willen zeigen – das tun in jedem Fall die Synchronschauspieler, die trotz Gagenanpassung auf 60/3,00 € und 15 % Aufschlag bei selbständiger Abrechnung eine Einkommenskürzung um 14 % hinnehmen.

Erinnert sich noch jemand an die Schreiben, die uns sagten, dass wir jetzt alle selbständig seien und in die KSK gehen müssten? 2005 bedeutete selbständige Abrechnung für uns eine Einkommenskürzung von knapp 40 % (resultierend aus 20 % für SV/RV plus 20 % für Unfall/Krankentagegeld). Damals gab es den Gedanken der Kompensation noch nicht. Oder richtiger: Wir rechneten nicht nach. Man sollte vielleicht häufiger die Mathematik zu Rate ziehen, wenn man möchte, dass Realitätssinn die Basis des Umganges miteinander ist. Viele akzeptieren eher mathematische Ergebnisse als offensichtliche, unbestrittene Tatsachen.

Eine offensichtliche, unbestrittene Tatsache ist, dass nicht die überhöhten Gagenforderungen der Synchronschauspieler, sondern der kompromisslose Verdrängungswettbewerb der Synchronfirmen untereinander zum finanziellen Niedergang der Synchronbranche geführt haben. Mit den ‚Zwängen der Marktlage‘ wird jede kostensparende Maßnahme salonfähig geredet, egal, welche sozialen Folgen sie für den Synchronschauspieler hat. Selbst

korrekt abrechnende Firmen beugen sich irgendwann dem Konkurrenzdruck, den nicht korrekt abrechnende Firmen aufbauen. Zumindest in diesem Punkt sind sich alle Firmen einig und das Ziel der Gemeinsamkeit ist erreicht.

Gemeinsamkeit ist auch für die Synchronschauspieler wünschenswert. Sie ist mehrfach in Abstimmungsergebnissen erreicht und anschließend nicht umgesetzt, nicht eingehalten, in Frage gestellt und sogar für unmöglich erklärt worden. Immer von ‚den anderen‘ natürlich, man selbst hatte stets gute Gründe dafür, sich von Mehrheitsbeschlüssen zu distanzieren ...

Meine alte Tante sagte, wenn sie einen Streit zwischen mir und meinem Bruder schlichten sollte, immer: „Der eine ist ein Fuffzgerl wert und der andere `ne halbe Mark!“

Wir sind, sagen wir mal, die eine Hälfte, das Fuffzgerl, und zusammen mit der anderen Hälfte, also gemeinsam mit den Firmen, könnten wir uns gegen die Kostendrucker und Dumper stark machen - die in unseren Reihen, in den Reihen der Firmen und auf Seiten der Auftraggeber.

Entgegenkommen und guter Wille – nach meinem Eindruck ist damit jetzt auch mal die halbe Mark dran. Das Fuffzgerl hat vorgelegt – seit Jahren schon.

Die Redaktion

Gastkommentar: Florian Krüger-Shantin
Alexandra Marisa Wilcke
Ilona Otto - Stellvertretende Chefredakteurin
Nicolas Böll - Chefredakteur

Öffentlichkeitsarbeit

IVS Presseabteilung
030 - 8100 15 601

oder

via E-Mail unter:
presse@ivs-ev.info

IVS e.V.
Mühlenstraße 52
12249 Berlin